

ARGUMENTATIONSHILFE

Pflegevollversicherung

DIE LINKE.

THEMA

PFLEGEVOLLVERSICHERUNG: STATT ARMUT DURCH PFLEGE

Viele Menschen haben Angst davor, im Alter oder bei Krankheit auf Pflege angewiesen zu sein. Leider aus gutem Grund! Die Pflegeversicherung zahlt nur einen Teil der anfallenden Kosten. Der Rest muss draufgezahlt werden (Eigenanteil). Kein Wunder, dass immer mehr Menschen sich gute Pflege nicht leisten können oder deshalb auf Sozialhilfe angewiesen sind. Selbst nach der Pflegereform 2021 müssen Betroffene immer noch mit Heimkosten von bis zu 2.000 Euro pro Monat rechnen. Die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung sind dabei schon berücksichtigt.

Deswegen wollen wir erstens die Pflegeversicherung grundlegend umbauen – in eine Pflegevollversicherung: Mit einer verlässlichen, gerechten und zukunftsfesten Finanzierung können wir gute Arbeitsbedingungen und gute Pflege nach wissenschaftlichen Standards sicherstellen. Die Kommunen werden entlastet, weil weniger Menschen durch die Pflegekosten von Sozialhilfe abhängig werden. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keine Eigenanteile mehr zahlen. Unsere Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, erhält dieselben Leistungen wie alle anderen Menschen mit Pflegebedarf.

Wir wollen zweitens eine Solidarische Pflegeversicherung, in die alle einzahlen – ohne Beitragsbemessungsgrenze.

Was sagen die anderen?

SPD und **Grüne** wollen auch ein solidarisches Modell (»Bürgerversicherung«), ob die Beitragsbemessungsgrenze auf- oder nur angehoben werden soll, sagen sie nicht. Für die **CDU** hat sich die Pflegeversicherung bewährt und soll weiterentwickelt werden.

Die **FDP** will die Teileistungsversicherung beibehalten und befürwortet ein Drei-Säulen-Modell (soziale Pflegeversicherung, private und betriebliche Vorsorge).

Die **AfD** will die Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und gesetzlicher Krankenversicherung – zur Finanzierung schweigt sie sich aus.

LINKE Gegenargumente

Wir wollen in der Pflege das, was in der Krankenversicherung schon immer gilt: das umlagefinanzierte Sachleistungsprinzip. Das ist ohne höhere Beiträge finanzierbar, wenn alle einzahlen.

Die Beitragsbemessungsgrenze muss weg, denn sie bewirkt, dass Gering- und Normalverdienende einen höheren Anteil ihres Einkommens zahlen müssen als Gutverdienende. Die Beibehaltung der PKV zementiert das Zwei-Klassen-System.